

SCHWEIZERISCHE GESANDTSCHAFT  
 IN DEUTSCHLAND  
 722.4.Ho.O. - F/TS.

BERLIN NW 40  
 FORST-BISMARCK-STRASSE 4

den 25. November 1944.

Persönlich und vertraulich.

Lieber Herr Rothmund,

Ihr Schreiben vom 20. dieses Monats hat sich mit meinem gekreuzt vom 23. November, das Ihnen Aufschluss gibt über den gegenwärtigen Stand der Angelegenheit der ungarischen Juden. Wir haben jetzt auch eine Verbindung mit dem Hauptamt der SS, sodass ich Ihnen in den nächsten Tagen noch weitere Aufschlüsse zu dem Thema geben kann.

Bezüglich der Behandlung von Frau Steengracht sind wir also der gleichen Meinung. Der Staatssekretär selbst weiss, dass der Rothmund der ungarischen Juden auch der Rothmund der Frau Steengracht ist. Aber ich weiss auch, dass Steengracht bezüglich der Judenbehandlung so denkt wie wir, sonst hätte ich von ihm nicht das Wort Gentleman gebraucht. Aber leider hat das Auswärtige Amt hier noch weniger zu sagen als bei uns das Politische Departement.

Wie ich Ihnen schrieb, befassen wir uns zur Zeit nicht nur mit den ungarischen Juden im Lager von Bergen-Belsen, sondern auch mit den ungarischen Juden, die palästinensische Ausreisesichtvermerke haben oder denen Schutzpässe von gewissen Gesandtschaften ausgestellt worden sind. Bei der SS scheint in den Auffassungen insofern eine Wandlung eingetreten zu sein, als diese Brüder nun die Juden nicht mehr verkaufen, sondern gegen Deutsche im deutschfeindlichen Ausland oder "Deutschstämmige" austauschen wollen. Man findet offenbar, dass diese Lösung weniger anstössig sei. Der Staatssekretär war jedenfalls erstaunt, als ich ihm bei meinem letzten Besuch Andeutungen über das Verkaufsgeschäft machte. Auf alle Fälle wird man gut tun, den Faden nicht abbrechen zu lassen, damit die SS ein Interesse hat, die Juden am Leben zu erhalten. Ich werde auch sehen, ob ich die Delegation des Internationalen Roten Kreuzes unterstützen kann, dass ein Vertreter die Erlaubnis erhält, die in Betracht kommenden Judenlager zu besuchen. Bisher hat sich die SS gegenüber solchen Gesuchen immer ablehnend verhalten. Meine Schritte

Herrn Dr. H. Rothmund,  
 Chef der Polizeiabteilung des Eidg. Justiz- und Polizeidepartements,

B e r n .



beim Staatssekretär, dass die Lager in Auschwitz und Birkenau von einem Rotkreuzdelegierten besucht werden dürfen, wo uns insbesondere die polnischen Häftlinge interessieren, sind bisher ohne Ergebnis geblieben.

2  
Was nun die Frage einer allgemeinen Demarche wegen der Judenbehandlung betrifft, so frage ich mich, ob es sehr würdig ist, jetzt, wo wir vor Deutschland keine Angst mehr zu haben brauchen, diesen Schritt zu tun, weil es bei den Alliierten guten Eindruck machen würde. Wie gesagt, glaube ich auch nicht, dass ein solcher Schritt den Juden etwas nützen würde. Es ist besser, wenn wir so vorgehen wie bis anhin. Aber vielleicht haben Sie recht. Unterbreiten Sie doch die Frage dem Bundesrat. Wenn dieser der Ansicht ist, dass es für eine solche Demarche an der Zeit wäre, so werde ich mich gern eines Bessern belehren lassen. Aber der Auftrag sollte in dieser grundsätzlichen Frage vom Bundesrat ausgehen, sowohl wegen der Wirkung hier, als bei den Alliierten. Ohne Wissen und Einverständnis des Bundesrates möchte ich nicht in das Wespennest langen.

Mit freundschaftlichen Grüßen bin ich

Ihr

